



Nato-Gipfel am 21.11.2002 in Prag – Protest als Empfang für die Nato-Krieger – arbeiterfotografie.com

DER PRAGER FRÜHLING ALS VORBOTE DER BUNTEN REVOLUTIONEN

Eine Veranstaltung des Landesverbandes NRW im Kölner Freidenkerzentrum am 11. Oktober
Referent: Klaus Kukuk
reflektiert von Brigitte Streicher

In der Zeit des sogenannten Prager Frühlings 1968 war Klaus Kukuk im diplomatischen Dienst der DDR in der Tschechoslowakei akkreditiert. Als Zeitzeuge schilderte er in seinem Vortrag die gesellschaftlichen Voraussetzungen und den Verlauf einer kurzen Zeitspanne, die die westlichen Medien als einen Kampf für Freiheit und Menschenrechte etikettierten.

Zunächst einmal ist die Bezeichnung Prager Frühling für die Zeit von Januar bis August 1968 ein Kind der westlichen Medien; sie war als eine Fortführung des Begriffs Tauwetter-Periode im Zusammenhang mit der Chruschtschow-Ära gedacht. Deshalb werden wir hier im Folgenden diesen Begriff nicht gebrauchen, denn – wie weiter unten ausgeführt – konnte diese Periode alles andere als Frühlingsgefühle wecken.

Die Tschechoslowakei der 60er

Die tschechoslowakische Gesellschaft war in ihrer Entwicklung in den 60er Jahren auf mehreren Gebieten in eine Sackgasse geraten.

Stagnation der Wirtschaft

Allem voran stagnierte die Wirtschaft. Die Industrie war ineffektiv, sie bedurfte sowohl der technologischen Modernisierung als auch einer gesellschaftlichen Debatte. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1963 beauftragte die Parteiführung den Leiter des Ökonomischen Instituts der Akademie der Wissenschaften und Mitglied des Zentralkomitees der KPC, Ota Šik, mit der Ausarbeitung eines neuen Wirtschaftsprogrammes. Dieser jedoch entwarf technokratische Lösungsvorschläge, die auf rein ökonomische Faktoren der Regulation zielten. Die Betriebe sollten in Bezug auf Preis- und Produktpolitik eigenständig Entscheidungen treffen und Joint Ventures mit dem kapitalistischen Ausland eingehen können. Zudem sollten auf Betriebsebene autonome Gewerkschaften zugelassen werden. Damit wäre eine gesellschaftliche Planung der Produktion und der Preise nicht mehr möglich gewesen, eine einheitliche Gewerkschaft entmachtet worden.

Im Jahr 1967 wurde gegen starke Widerstände innerhalb der Parteiführung eine abgeschwächte Variante dieses Modells realisiert, die grundlegenden Probleme konnten jedoch nicht gelöst werden.

Slowaken und Tschechen

Ein weiteres Konfliktpotential war die politische Zurückstellung der Slowaken gegenüber den Tschechen. In der sozialistischen Verfassung der Tschechoslowakei wurden die Vollmachten des Slowakischen Nationalrates an die zentralen Ministerien in Prag übertragen. So mussten Beschlüsse der Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) vor der Verabschiedung in Prag genehmigt werden. Profitierte die Slowakei einerseits von der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung, hatten sie andererseits keine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen. Die KSS wurde ab 1963 von Alexander Dubcek geleitet.

Seine Position nutzte er zum Aufbau einer Opposition gegen den 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPC, Antonín Novotný. Dubcek forderte die Trennung des Amtes des Generalsekretärs der KPC vom Amt des Präsidenten der CSSR und die Ausweitung der Machtbefugnisse der slowakischen Organe. In dieser Auseinandersetzung waren die Ereignisse des Jahres '68 angelegt.

Kultur und Debatte

Ein weiterer Vorbote der 68-er Ereignisse war die Kafka-Konferenz 1963, eine internationale Tagung des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes zum 80sten Geburtstag des Schriftstellers Franz Kafka. Seine Werke galten in den sozialistischen Ländern als Ausdruck bürgerlicher Dekadenz und waren lange Zeit verboten. Obwohl der Autor selbst nie sich oder seine Werke politisch positionierte, wurden seine Schilderungen von Menschen, die an undurchsichtigen Verhältnissen zugrunde gehen, von einigen Intellektuellen in den sozialistischen Ländern politisch auf bürokratische Parteientscheidungen bis hin auf den Sozialismus schlechthin bezogen.

Diese Interpretation wurde auf der Konferenz explizit von den tschechoslowakischen Teilnehmern übernommen – gegen die Positionen u.a. der Teilnehmer aus der DDR (Werner Mittenzwei, Anna Seghers, Paul Reimann und Klaus Hermsdorf). Sie sahen in dieser Interpretation die Über-



Nato-Gipfel am 21.11.2002 in Prag – Protest per international direct action day – foto: arbeiterfotografie.com

frachtung eines Autors, dessen Werk durch die Erfahrungen in der bürgerlichen Gesellschaft entstanden war.

Die Literaturzeitung *Literární noviny* griff die Ausweitung der Interpretation auf und wurde in den folgenden Jahren damit zum Sprachrohr der oppositionellen Schriftsteller. Die Parteiführung reagierte mit Sanktionen gegen die Herausgeber. Auf dem IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Ende Juni 1967 kamen die gemassregelten Redakteure der Zeitschrift zu Wort, was als Kampfansage an die Parteiführung gewertet wurde.

Die Dubcek-Periode

Die Partei- und Staatsführung war bis zum Ende des Jahres 1967 nicht in der Lage, adäquate Antworten auf die sich zuspitzenden Konflikte zu geben. Innerhalb des Zentralkomitees der KPC bröckelte die Unterstützung für Antonín Novotný. Auch sein Hilferuf an die Sowjetunion brachte ihm keine Unterstützung: innenpolitische Probleme habe jedes Land selbst zu lösen.

In dieser Situation konnten sich die sog. Reformer im Zentralkomitee durchsetzen. Am 4. Januar 1986 wurde Novotný

von Alexander Dubcek abgelöst.

Novotný wurde am 22. März zum Rücktritt als Präsident gezwungen und im Juni aus dem Zentralkomitee der KPC ausgeschlossen.

Die Monate, die folgten, stürzten das Land ins Chaos. Die programmatische Grundlage der neuen Führung unter Dubcek war das am 5. April 1968 vorgestellte Aktionsprogramm der KPC. Der Katalog liest sich wie der Leitfaden für eine frühbürgerliche Revolution: Aufbau eines parlamentarischen Systems nach bürgerlichem Vorbild, Pressefreiheit sowie Wirtschaftsreformen im Sinne des von Ota Sik vorgedachten Modells. Konkrete Pläne zur Umsetzung dieser Vorhaben wurden jedoch nicht entwickelt. Die einzige Massnahme, die geregelt auf den Weg gebracht wurde, war der Aufbau einer föderativen Struktur, die beiden Nationalitäten eine gleichberechtigte politische Teilhabe garantieren sollte.

Die industrielle Wirtschaft war fast zum Erliegen gekommen, gesellschaftliche Regeln waren außer Kraft gesetzt. Mit inhaltsleeren Eigenschaftsworten wurden Menschen stigmatisiert. So wurde jeder, der das Label nicht-progressiv verpasst bekam, zum medialen Freiwill. In der Regel waren die Opfer die Verteidiger der sozialistischen Ordnung. Denn als progressiv galten diejenigen, die Veränderungen hin zur Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft guthiessen. Demonstrationen, die fast täglich stattfanden, wurden i.d. Regel von 150 – 200 nach jeweils gleichem Muster handelnden Personen initiiert. Es war zu befürchten, dass ein Bürgerkrieg in Vorbereitung war. Oppositionelle Mittelwellensender (deren Installation und Inbetriebnahme nicht ad hoc erfolgt sein konnten) verbreiteten Falschmeldungen.

Das Ende des Spuks ...

Die Mitglieder des Warschauer-Vertragssystems forderten mehrmals die Staatsführung auf, die gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen. Die Tschechoslowakische Führung reagierte nicht. So musste die Eskapade gewaltsam beendet werden, da das Chaos auf die angrenzenden sozialistischen Länder übergreifen drohte – und nicht zuletzt 800 km Grenze an ein NATO-Land zu schützen waren.

Dabei galt bei allen Beteiligten die militärische als die schlechteste Lösung. In der Nacht zum 21. August 1968 marschierten Soldaten der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens in die CSSR ein und besetzten innerhalb von wenigen Stunden alle strategisch wichtigen Positionen des Landes. Die Mitglieder der sog. Reformer im Zentralkomitee um Dubcek wurden verhaftet und Gustav Husák übernahm die Leitung der KPC.

... oder „Wir kommen wieder“

Im Warschauer Brief an die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei an das Zentralkomitee der KPC vom 15. Juli 1968 hiess es:

„Es war und ist nicht unsere Absicht, uns in solche Angelegenheiten einzumischen, die ausgesprochen innere Angelegenheiten Ihrer Partei und Ihres Staates sind. Es war und ist nicht unsere Absicht, gegen die Prinzipien der Respektierung der Selbständigkeit und Gleichheit in den Be-

ziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und den sozialistischen Ländern zu verstoßen. ... Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, dass feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören.“

Dass an den Ereignissen im Sommer 1968 in der CSSR die alten Feinde der sozialistischen Staatengemeinschaft beteiligt waren, deutete schon die deutsche Wochenzeitschrift Stern in ihrer Ausgabe 36 (8. September 1968) an. Sie berichtete über die Aktivitäten des Sendebataillons 701 für Psychologische Kampfführung der Bundeswehr. Auf Frequenzen von CSSR-Sendern wurden von verschiedenen Einheiten des Bataillons über ein Netz von Amateursendern Falschmeldungen durchgegeben, z.B. dass Dubcek ermordet worden sei oder ein Kinderkrankenhaus in Prag zusammengeschossen worden wäre. Der Stern dementierte diesen Bericht später, aber es wurden auf Grund des Artikels gegen die Zeitschrift Vorwürfe des Landes-



Nato-Gipfel am 21.11.2002 in Prag – Protest per international direct action day – foto: arbeiterfotografie.com

verrats erhoben. Und dies mit gutem Grund.

In einem 1977 erschienenen Buch veröffentlichte der französische Investigativ-Journalist Chairoff eine Liste von ca. 40 der in der BRD aktiven Sender und ihrer korrespondierenden Stationen in der CSSR. Dieses Netzwerk wurde Monate vor der innenpolitischen Eskalation in der CSSR installiert. Fritz Fechner, 2. Befehlshaber der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, reiste Anfang Mai 1968 mit gefälschten Papieren (als Journalist Anton Speck) in die CSSR, um die Einrichtung der Sender sicherzustellen.

Auch der BND war im Geschäft. Infiltrations-Spezialisten für Sabotage, Attentate und für die Provokation militanter Auseinandersetzungen hatte der BND Mitglieder des Witikobund rekrutiert. Dieser – als sudetendeutscher Interessenverband – unterhielt enge Verbindungen mit ebenso reaktionären tschechoslowakischen Emigranten-Organisationen wie AKON, Europäische Slowakische Bewegung, National Committee for the Liberation of Slovakia und Slovak League of America.

Rückblickend kommt uns der Ablauf der Ereignisse bekannt vor: Mittels nicht mehr nachvoll-

ziehbarer Meldungen über nicht staatlich kontrollierte Medien und mittels gezielter Sabotageakte bzw. Anschläge wird ein geregeltes gesellschaftliches Leben gestört. Mit dieser Strategie ist schon zu mancher, der westlichen Wertegemeinschaft unliebsame Staat, seither zerschlagen worden. In der CSSR sammelten die Akteure hierfür wertvolle Erfahrungen.

Bücher zum Thema:

Gene Sharp, Von der Diktatur zur Demokratie (als bürgerlicher Leitfaden für die „bunten Revolutionen“ zu lesen)

Vasil Bilak, Wir riefen Moskau zu Hilfe – Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten (mit einer Nachbetrachtung von Klaus Kukuk), Edition Ost, Berlin 2006

Patrice Chairoff, Dossier Neo-Nazisme, Edition Ramsay, Paris 1977

Der fehlende Part

Medialer Einheitsbrei? Ein Licht am Ende des Tunnels! Seit Anfang November kann der interessierte Leser, Hörer, Zuschauer seinen medialen Horizont um die fehlenden Parts erweitern: der Radiosender sputnik ist in 34 Ländern zu empfangen. In englischer, spanischer und arabischer Sprache werden die fehlenden Parts, d.h. diejenigen Nachrichten gesendet, die der Zensurschere der westlichen Wertegemeinschaft zum Opfer gefallen sind – also insbesondere auch die Positionen der Russischen Föderation in Bezug auf's Weltgeschehen. In diesem Sinne ist auch die deutschsprachige website nutzbar. Der Anbieter – russia today – ist ein Zusammenschluss aus der früheren amtlichen Nachrichtenagentur RIA nowosti und des Radiosenders Stimme Russlands.

sputniknews.com
www.rtdeutsch.com

Meldungen (12. Dezember, 2014)

Erneut erwischt bei Zuschauermanipulation: ARD-Tagesthemen verharmlosen und relativieren CIA-Folter

Wieder erwischt: Deutsche Bank wegen massiver Steuerhinterziehung angeklagt

Maos Rache – China kauft Frankreich auf



DIENT RECHT DER GERECHTIGKEIT?

Andreas Neumann über einen Vortrag von Elias Davidsson in einer Veranstaltung des Landesverbandes im NRW-Freidenkerzentrum in Köln mit dem Titel "Rechtsprechung geht alle an! – Zur Misere der Dritten Gewalt"

Das Recht dient der Gerechtigkeit. Ist dem so? Am 15. November hat Elias Davidsson, der sich insbesondere als Gegner des US-Imperialismus und des Zionismus versteht, im Kölner Freidenkerzentrum einen Vortrag gehalten. Sein Titel: "Rechtsprechung geht alle an! – Zur Misere der Dritten Gewalt". Unter die Lupe genommen hat Elias darin in erster Linie das deutsche Strafrecht. Die Erkenntnisse, die der Vortrag vermittelt, sind ernüchternd. Das deutsche Strafrechtssystem ist demnach weit davon entfernt, Gerechtigkeit herzustellen. Im Gegenteil: es ist ein politisches Instrument, das dazu dient, Schritte hin zu einer essentiellen Veränderung der Gesellschaft zu kriminalisieren. Es ist zu erheblichen Teilen ein Herrschaftsinstrument. Oder um es einfacher zu sagen: in ihm manifestiert sich eine Form von Klassenjustiz.

Weltweit einzige verurteilte Person zu 9/11

Die Rolle der Justiz als Instrument der Herrschaftssicherung wird besonders deutlich im Urteil gegen Mounir el Motassadeq, der am 8. Januar 2007 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Haft

geblich Beihilfe geleistet haben soll, tatsächlich von denjenigen begangen worden ist, mit denen er befreundet war – darunter Mohammed Atta, der angeblich ein Flugzeug ins New Yorker World Trade Center gesteuert haben soll. Es ist Wahnsinn! Ein Mensch wird verurteilt wegen Beihilfe ohne Schritte der Wahrheitsfindung hinsichtlich der Haupttat, zu der er angeblich Beihilfe geleistet haben soll. Würde die Haupttat untersucht, würde festgestellt werden müssen, dass es hinsichtlich der Täterschaft keine Beweise gibt. Deshalb sei im Prozess gegen Mounir el Motassadeq alles unternommen worden, die Wahrheit nicht herauszufinden.

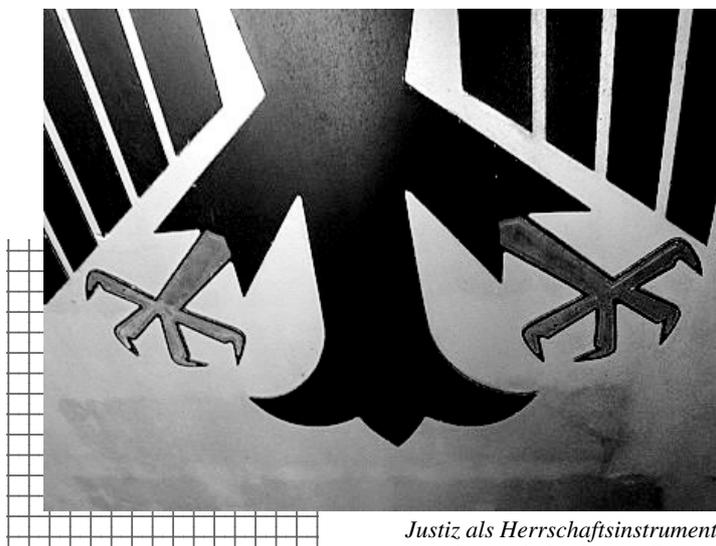
Ist das ein Einzelfall? Welche Rolle spielt die Wahrheitsfindung im deutschen Strafrecht generell? Elias ist zu einer erschreckenden Erkenntnis gekommen. Das deutsche Strafrecht fordert nur, die Wahrheit zu erforschen, nicht sie festzustellen. Das ist nach seiner Auffassung ein entscheidender Unterschied. Einfache Tatbestände sind entweder wahr oder unwahr. Etwas dazwischen gibt es in der Regel nicht. Jemand hat einen Diebstahl begangen oder nicht. Geht in der BRD ein Prozess in die Revision, wird der Frage der Wahrheit nicht erneut nachgegangen. Generell steht das Prinzip der Wahrheitsfindung in Strafprozessen in der BRD nicht an oberster Stelle. Das war in der DDR anders. Zudem gab es in der DDR zehnmal weniger Straftaten als in der BRD. Es zeigt sich auch in dieser Hinsicht der kriminelle Charakter des kapitalistischen Systems.

Das bundesdeutsche Strafrecht ist weder rechtsstaatlich noch demokratisch. Es ist nach wie vor geprägt vom autoritären Geist der NS-Zeit und des 19. Jahrhunderts. Der Tatrichter entscheidet entsprechend seiner Überzeugung. Er ist der König im Gericht, der nicht kontrolliert wird. Ein weiteres besonderes Phänomen ist der Umstand, dass Strafrechtsprozesse nicht nachvollziehbar sind. Denn es gibt keine Wortprotokolle. Obwohl der Richter das Volk vertritt und das Volk gewissermaßen der Arbeitgeber des Richters ist, gibt es für die deutschen Bürger kein Recht auf Einsicht in Urteile, die bei Strafgerichtsprozessen gefällt worden sind. Das hat Elias Davidsson selber erfahren müssen. Hinsichtlich des von 2009 bis 2010 durchgeführte Gerichtsverfahrens gegen die sog. Sauerlandgruppe hat er beim Generalbundesanwalt um das Gerichtsurteil und die Wortprotokolle mit den Aussagen der Beschuldigten gebeten.

Geheime Urteile und geheime Verfahren

Die Antwort war: „Die Überlassung der von Ihnen erbetenen Unterlagen des sogenannten Sauerlandverfahrens kann aus Rechtsgründen nicht erfolgen. Nach der bestehenden Gesetzeslage sind Auskünfte aus den Akten zu versagen, wenn die hiervon Betroffenen ein schutzwürdiges Interesse an der Versagung haben... Wortprotokolle der Aussagen der Angeklagten im Gerichtssaal liegen nicht vor, da die Strafprozessordnung die Anfertigung derartiger Protokolle in Strafverfahren, die vor dem Oberlandesgericht geführt werden, nicht vorsieht.“

Es ist also ins Ermessen der Gerichte gestellt, ob ein Urteil herausgegeben wird oder nicht. Im Zweifel sind Urteile geheim – selbst dann (oder gerade dann) wenn sie einen



*Justiz als Herrschaftsinstrument
foto: arbeiterfotografie.com*

verurteilt wurde. Er ist die einzige Person weltweit, die damit in direkter Beziehung zu den Anschlägen vom 11. September 2001 verurteilt worden ist. Am 7. August 2014 hat der Bundesgerichtshof (BGH) den Antrag von Mounir el Motassadeq auf vorzeitige Haftentlassung abgelehnt – mit der Begründung, er sei noch "zu gefährlich". Die Verurteilung ist erfolgt, obwohl in keiner Phase des Prozesses untersucht worden ist, ob das Verbrechen, zu dem er an-

politischen Charakter haben. Immerhin ist das noch ein relativ "fortschrittliches" Rechtssystem. Denn in Deutschland sind nur Urteile geheim. In den USA dagegen können ganze Gerichtsverfahren geheim sein. Aber auch wenn in Deutschland Verfahren öffentlich sind, ist das nur eine eingeschränkte Öffentlichkeit. Sie ist beschränkt auf diejenigen, die es sich leisten können, dabei zu sein. Eine Öffentlichkeit mittels Videoaufnahmen im Internet gibt es nicht.

Eine andere Sache, die auffällt, ist der Umstand, dass nur zwei Prozent der Strafverfahren in Deutschland mit Freispruch enden. Die Ursache dafür ist darin zu finden, dass Freisprüche hinsichtlich ihrer Begründung wesentlich aufwendiger sind. Einfacher ist die "revisions sichere" Verurteilung. Elias spricht von einer Juristenmafia und sieht dies insbesondere begründet in der herrschenden Absprachepraxis, die ohne öffentliche Sitzungen und damit ohne jede öffentliche Kontrolle auskommt. Diese Praxis überwiegt im deutschen Strafrecht bereits. In den USA sei es noch extremer. Dort seien es 90 Prozent der Fälle, bei denen die Absprachepraxis Anwendung finde. Das sei eine Form von Privatisierung.

Elias Davidsson appelliert, es bei den Erkenntnissen nicht bewenden zu lassen. Die Erkenntnisse sollten umgesetzt werden in Forderungen. Dazu gehört die Forderung nach Transparenz. Rechtsbeugung und Rechtsvereitelung müssen geahndet werden können. Einkünfte und Vermögen von Richtern müssen öffentlich gemacht werden. Und Whistleblower müssen geschützt werden. Das wären Schritte, mit denen die Arroganz der Macht ein Stück weit gebrochen werden könnte.

Elias Davidsson, geb. 1941 in Palästina, Sohn jüdisch-deutscher Emigranten, im Hauptberuf Musiker und Komponist, hat als politischer Aktivist über allgemeine Rechtsfragen und Völkerrecht geforscht. Zu seinen Veröffentlichungen zählen Beiträge in juristischen Fachzeitschriften und das Buch „Highjacking America's Mind on 9/11“, bei Algora Publishers, New York, 2013. Er ist Mitglied im Deutschen Freidenker-Verband.

Aufruf zu Wahrheit und Gerechtigkeit Freilassung eines unschuldigen Gefangenen

Mounir el Motassadeq ist Marokkaner. Er wurde 1974 geboren, studierte in Hamburg Elektrotechnik und war mit Mohamed Atta, Marwan Alshehhi und Ziad Jarrah befreundet, die angeblich im Rahmen einer Selbstmordoperation am 11. September 2001 in den USA Flugzeuge entführt und gesteuert haben sollen. Mounir wurde im Jahre 2007 vom Oberlandesgericht (OLG) Hamburg zu einer 15-jährigen Haftstrafe wegen mutmaßlicher Beihilfe zu den Anschlägen vom 11. September 2001 verurteilt. Bis heute bestreitet er diese Anschuldigungen auf das Heftigste. Das Gericht konnte weder seine Beihilfe zu irgendeiner Straftat noch die Teilnahme seiner Freunde aus Hamburg – Mohammed Atta, Marwan Alshehhi und Ziad Jarrah – an den Anschlägen vom 11. September nachweisen. Auch die US-Behörden haben bis heute keine juristisch bewertbaren Beweise vorgelegt, dass Mohamed Atta und seine Freunde an den Anschlägen des 11. September 2001 beteiligt waren. Es gibt nicht einmal eindeutige Beweise, dass Mohamed Atta und Marwan Alshehhi jemals

in den USA waren.

Die Verwandten der Opfer des Massenmordes vom 11. September wie auch die gesamte Gesellschaft haben einen Anspruch auf Wahrheit und Gerechtigkeit. Wahrheit bedeutet, dass die wahren Umstände eines Massenmordes festgestellt werden. Gerechtigkeit bedeutet, dass die wahren Täter und keine Sündenböcke eines Massenmordes bestraft werden.

Laut Art. 11 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, gilt „jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird [...] solange als unschuldig [...], bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet waren, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.“ Dieses rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldvermutung findet sich auch in Art. 6 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Im Verfahren gegen Mounir el Motassadeq wurden nicht „alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet“, da die Teilnahme seiner Freunde in der Haupttat (11. September 2001) nicht nachgewiesen wurde. Verfahren, oder eine unabhängige Untersuchung, wodurch die angebliche Teilnahme von Mohamed Atta und seiner Freunde an den Anschlägen des 11. September 2001 erwiesen worden wäre, hat es nie gegeben.

Die hier angeführten Personen als Massenmörder oder Terroristen zu bezeichnen, stellt daher gemäß § 186 StGB eine "üble Nachrede" dar. Ein solches Vergehen verletzt auch in mehrfacher Hinsicht den deutschen Presskodex (Ziffer 1: Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde; Ziffer 2: Sorgfalt; Ziffer 3: Richtigstellung; Ziffer 9: Schutz der Ehre; Ziffer 10: Schmähung der Religion; Ziffer 13: Unschuldvermutung; und Ziffer 16: Rügenveröffentlichung)

Die offizielle Legende über den 11. September 2001 wurde zur Rechtfertigung von zwei völkerrechtswidrigen Kriegen genutzt – mit mehr als einer Million Toten. Sie hat zur Einschränkung der Demokratie und der Freiheiten geführt und dient weiterhin als Vorwand für die massive Überwachung der Bevölkerung.

Auf der Basis der vorstehend angeführten Gründe fordern

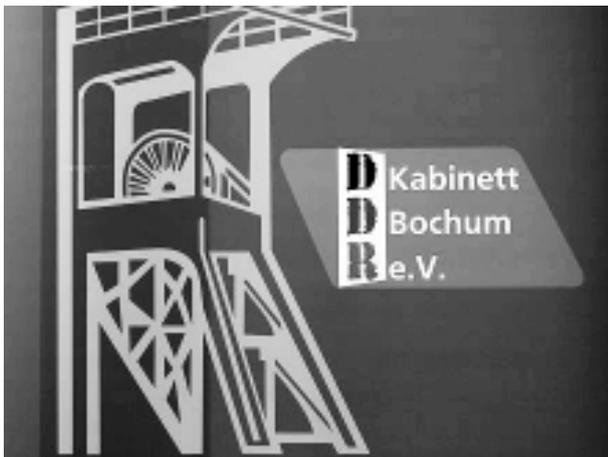
- der Deutsche Freidenkerverband
- der Bundesverband Arbeiterfotografie
- das Euregioprojekt Frieden
- die Vereinigung für internationale Solidarität

die Medien auf

- künftig im eigenen Verantwortungsbereich keine Bezeichnung Mohamed Attas und seiner Freunde als Verursacher der Anschläge des 11. September 2001 mehr zuzulassen;
- über das Faktum zu berichten, dass die Behörden der USA bis heute keine stichhaltigen Beweise für die Teilnahme von Mohamed Atta und seinen Freunden an diesen Anschlägen vorgelegt haben und
- Bedauern und Entschuldigung gegenüber den Angehörigen der Familien von Mohamed Atta und seinen Freunden für den Schmerz zum Ausdruck zu bringen, der ihnen durch rücksichtslose Berichterstattung zugefügt wurde.

Wir fordern zusätzlich die sofortige Entlassung von Mounir el Motassadeq aus der Haft, öffentliche Entschädigung und Entschuldigung wegen seiner unberechtigten Haft, und die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses des Bundestages zur Aufklärung der Umstände, die zu dieser ungerechten Verurteilung von Mounir el Motassadeq geführt haben.

Kirchen,
24. November 2014



DAS LAND, VON DEM KEIN KRIEG AUSGING

Aus Anlass des 65sten Gründungsjahres der DDR organisierte das DDR-Kabinett Bochum eine Festveranstaltung, an der ca. 250 Menschen aus der gesamten Republik teilnahmen. Das Programm moderierte der beliebteste Fernseh-Sprecher der DDR, Klaus Feldmann. Zu den Themen Grenzsicherung, Sport und Internationale Solidarität sprachen Menschen, die in der DDR in diesen Bereichen aktiv waren. Oberst a.D. Karl-Heinz Kathert schilderte aus seiner Sicht die Notwendigkeit, die Grenze der DDR zum westlichen Nachbarn gegen Sabotageakte und bewusste Grenzverletzungen zu schützen. Die mehrfache DDR-Meisterin und Olympiateilnehmerin im Mittelstreckenlauf, Gunhild Hoffmeister, sprach über die Entwicklung ihrer sportlichen Laufbahn in der DDR und vermittelte den Zuhörern ein eindrucksvolles Bild über die Breite und den hohen Qualitätsstandard der sportlichen Förderung – insbesondere derjenigen der Kinder. Wolfgang Herrmann – er war als Vertreter der DDR bis 1988 als Regierungsberater in Nicaragua tätig – machte den Umfang und die Bedeutung der Solidaritätsarbeit der DDR für sich konsolidierende Nationalstaaten deutlich.

Vertreter verschiedener Organisationen (DKP, KPD, der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Hamburg e.V. und der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung) erinnerten aus ihrer Sicht an eine über 40jährige Epoche, die auch die Verfasstheit der BRD mitbestimmte. Den zentralen Aspekt benannte der Vorsitzende des Deutschen Freidenkerverbandes, Klaus Hartmann: die DDR war ein Staat, der im Verbund der Warschauer Vertragsstaaten 40 Jahre Frieden in Westeuropa sicherte. Und wer kann dies heute tun? Die Antwort der Freidenker ist eindeutig: 'Nicht die Friedensbewegung, schon gar nicht die deutsche, sondern nur Russland kann die Faschisten in der Ukraine und überhaupt die Gefahr eines Dritten Weltkrieges stoppen.'

Gleichrangig zu den Redebeiträgen erlebten die Geburtstagsgäste eine andere Form der gesellschaftlichen Betätigung: der Ernst-Busch-Chor mit einem extra für dieses Fest erstelltem Programm zeichnete die verschiedenen Traditionen und Sujets nach, die im musikalischen Leben der DDR präsent waren. Die Hannoveranerin Isabel Neuenfeldt schliesslich erinnerte mit ihren Liedern an Bert

Klaus Hartmann, Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes: „Von Deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Dieses Prinzip galt, solange die DDR existierte. Seit der Herstellung der staatlichen Einheit wird die Bevölkerung fortschreitend an Krieg gewöhnt – bis zur offenen Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, beginnend 1999 mit der Aggression gegen Jugoslawien...“



„Eine Friedensbewegung, die im gleichen Abstand zu dem Aggressor Nato und den Angegriffenen verharret, hat es nicht besser verdient als einflusslos zu bleiben. Nicht die Friedensbewegung, schon gar nicht die deutsche, sondern nur Russland kann die Faschisten in der Ukraine und überhaupt die Gefahr eines Dritten Weltkrieges stoppen...“

„Die aktuelle Anti-Putin-Hysterie reiht sich ein in die rassistischen Kampagnen gegen die 'slawischen Untermenschen' von früher und den Anti-Sowjetismus der Kalten-Kriegszeit. Deshalb sagen wir: das wirkungsvollste Gegengift dagegen ist die Forderung nach Solidarität und Freundschaft mit Russland.“

DDR-Olympiasiegerin Gunhild Hoffmeister: „97 Prozent – und das ist belegt – der Zehntklässler konnten gut schwimmen. Es gab kaum übergewichtige Kinder..., es gab keinen Drogenkonsum. Jugendkriminalität und Kinderarmut waren Fremdwörter in der DDR. Was noch viel schöner ist: jeder konnte für wenig Geld überall Sport treiben. Ein Ziel war das Schwimmbad der DDR, das die meisten auch schafften: die Kinder mussten u.a. einen Startsprung absolvieren und auch Tauchübungen machen – wenn ich das mit heute vergleiche, fehlen mir die Worte.“



Brecht, der die kulturelle Entwicklung der DDR wesentlich mitbestimmt hat. Und sie erinnerte die Zuhörer daran, dass auch heute die alten Arbeiterlieder nicht vergessen sind: mitsingen war angesagt.

Zum Gelingen des Festes haben selbstredend viele Helfer und Unterstützer beigetragen: Freunde, Sympathisanten (u.a. Mitglieder des Trabant-Club Sputnik aus Recklinghausen, die vor der Veranstaltungshalle fachkundig restaurierte Fahrzeuge aus DDR-Produktion ausstellten). Eine umfassende und vor allem sehr einfühlsame Dokumentation haben Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann für die Arbeiterfotografie erstellt. Das Resultat ist auf dem Online-Flyer Nr. 481 vom 14. November 2014 der Neuen Rheinischen Zeitung veröffentlicht. Die Redebeiträge sind auf dem Blog des DDR-Kabinetts nachzulesen. (foxx)

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20900>

<http://www.ddr-kabinett-bochum.de/65-jahrestag-der-ddr/>



D D R -
Grenzer
Karl-Heinz
Kathert:
„Die große
geschicht-
liche Bedeu-
tung des
Tages der
Gründung der
DDR war mir
nicht be-
wusst. Ich



habe erst im Nachhinein richtig begriffen, dass aus einer Demarkationslinie – festgelegt von den Siegermächten und nicht durch uns – eine Staatsgrenze geworden ist.“

„Die Umstände führten dazu, dass sich eine – ich will das offen und ehrlich sagen – feindselige Situation entwickelt hat. Es war sehr schwer zu verstehen, dass es unseren Soldaten nicht gestattet war, den Gruß von BGS-Angehörigen zu erwidern. Es war alles sehr problematisch...“

Karl-Heinz Kathert schrieb ein Buch "So war es!": „Insbesondere bin ich stolz darauf, dem deutschen Staat gedient zu haben, von dem niemals Krieg ausging.“

links oben: Sängerin und Schauspielerin Isabel Neuenfeldt

links unten: „Für treue Dienste“ in der Feuerwehr

rechts unten: Gero Bastian vom Trabant-Club Sputnik



Gegen den Krieg nach innen und außen!

Eine Internationale Aktion der Himmlischen Vier gegen den drohenden Krieg

„Wir werden dieses Land nicht der Polizeiwillkür überlassen!“ Das stand an den Seitenwänden eines LKWs der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“, als sie Anfang September durch Köln zog. Die Polizei in NRW wollte die Freiheit der Kunst und der Demonstration nur zulassen, solange sie sich an die Straßenverkehrsordnung hält und an jeder roten Ampel stehen bleibt. Der Landesvorsitzende NRW des Deutschen Freidenker-Verbands, Klaus von Raussendorff, hat umgehend gegen diese Schikanen protestiert. Am 26. Oktober ließ die Kölner Polizeiführung über 4000 Straßenfaschisten demonstrieren, Menschen jagen, zur Hetzjagd auf nationale Minderheiten aufrufen. Warum soll dem Kriegsgegner die Straße verwehrt, dem Straßenfaschisten aber freigegeben werden? Damit die Faschisten es so weit treiben können, daß mitten aus dem „sozialdemokratischen“ NRW das Volk nach der Abschaffung des Demonstrationsrechts ruft.

Warum hetzen sie so sehr gegen die streikenden Eisenbahner? Es geht um mehr als um Lohn und Arbeitszeit. Es geht Regierung und Deutscher Bahn in dieser Auseinandersetzung um die Durchsetzung eines „Tarifeinheitsgesetzes“, mit dem kämpferische Gewerkschaften verhindert werden sollen. Es geht ihnen um ein „faktisches Gewerkschaftsverbot“ (Der ehemalige Innenminister Gerhard Baum im Handelsblatt vom 25.9.2014) Dazu soll das Volk gegen die Eisenbahner aufgehetzt werden! Es soll von selbst nach dem Verbot von Streiks und Organisationen der Arbeiter schreien.

Wer den Krieg nach außen plant, wer seine Soldaten in die Ukraine und damit bis an die Grenzen Rußlands schickt, der braucht ein Volk, das stillhält. Wer schon jeden Vierten in Zwangsarbeit steckt (die Leiharbeit haben die Nazis zur Kriegsvorbereitung eingeführt), der braucht ein Volk, das nicht demonstriert und einen Arbeiter, der nicht streikt und sich nicht organisiert. Man muß jeden Fetzen dieser bürgerlichen Demokratie verteidigen... Also organisieren wir uns!... Man kann sich weiter informieren: www.himmlischevier.de

Oder bei: Stefan Eggerdinger, Innere Kanalstr. 220, 50670 Köln. Telefon 0221-9130933. Mail: s.eggerdinger@link-m.de

Spendenkonto: C. Waldenberger, Frankfurter Sparkasse, Konto 1253733021, BLZ 50050201, IBAN DE58 5005 0201 1253 7330 21



KLASSIKER

HORST SCHÄFER

zum US-Putsch in Guatemala im Juni 1954

Mörder sind erfinderisch. Doch auch wenn sie ihre Bluttat als »gezieltes Töten« umschreiben: Es bleibt Mord. In diese Kategorie gehören auch die jüngsten völkerrechtswidrigen Aktivitäten der USA bei der »Entsorgung« oder »Liquidierung« oder »Beseitigung« unliebsamer Zeitgenossen durch Spezialkommandos (Osama bin Laden) oder die Mord-Versuche mit raketenbestückten Drohnen (Muammar al-Gaddafi). Dieses gezielte Morden in Ländern wie Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen oder jetzt Libyen wird oft damit erklärt oder sogar gerechtfertigt, daß die USA nach dem furchtbaren Anschlag auf die Türme des World Trade Center in New York am 11. September 2001 das Recht hätten, sich in »Selbstverteidigung« mit einem »Krieg gegen den Terror« zur Wehr zu setzen. Aber wie war es denn vor 2001?

Als sich der US-Kongreß 1975 mit den Plänen der US-Präsidenten Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon (1953 bis 1974) befaßte, durch gezielte Tötungen unliebsame Politiker wie Lumumba (Kongo), Che Guevara und die Gebrüder Castro (Kuba) sowie General Schneider (Chile) oder lästig gewordene Verbündete wie Trujillo (Dominikanische Republik) und Diem (Südvietnam) aus dem Weg zu räumen, nannte man es noch Mord, und die Aufsehen erregenden Untersuchungsergebnisse des Kongresses wurden in einem »Mord-Report«* veröffentlicht.

Auch gezielte Massenmorde – zumeist an Kommunisten oder solchen, die dazu erklärt und deren Namen auf Todeslisten festgehalten wurden – gehörten laut Kongreßuntersuchungen zum Repertoire von US-Regierungen, so in Indonesien 1965, in Vietnam während der »Operation Phoenix« in den 1960er Jahren sowie in lateinamerikanischen Staaten.

Ein Beispiel dafür ist Guatemala. Der mittelamerikanische Staat war bereits in den 1950er Jahren ein Modellfall für die spätere Terror- und Invasionspolitik der USA gegenüber Kuba. Der bürgerlich-demokratische Politiker Jacobo Arbenz hatte 1950 vor der Wahl versprochen, einen Teil der riesigen Kaffee- und Bananen-Plantagen des US-Konzerns United Fruit Company – später umbenannt in Chiquita Brands International – an arme landlose Bauern zu verteilen.

Arbenz wurde demokratisch mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt, doch für die US-Regierung war die angekündigte Enteignung von Ländereien – selbst gegen Entschädigung – schon Kommunismus pur. Sie befürchtete, eine solche Politik könnte Nachahmer in Lateinamerika finden.

Washington hatte schon vor der Wahl, wie aus Regierungsdokumenten hervorgeht, mit den Vorbereitungen für einen Staatsstreich in Guatemala begonnen: mit der Ausbildung von Terroristen, mit Waffenlieferungen an Agentengruppen, mit Sabotageaktionen, einem Handelsboykott und auch mit diplomatischem Druck und Psychoterror. Der damalige US-Botschafter in Guatemala und die gesamte diplomatische Vertretung waren tief in den Putsch gegen die Regierung Arbenz verwickelt.

Es gab umfangreiche CIA-Listen von angeblichen Kommunisten und ihren Sympathisanten, die nach einem erfolgreichen Putsch sofort zu verhaften seien. Wörtlich hieß es in einem CIA-Telegramm: »Sie gehören zu denen, die gefährlich sind für unsere Interessen ... Mindestens einsperren und deportieren ...« Das Wort »mindestens« bedeutete: Die Planung gezielter Mordanschläge auf Linke spielte bei den Putsch-Vorbereitungen der USA eine entscheidende Rolle. Bereits drei Monate vor der Wahl lag ein CIA-Dokument mit dem Titel »Mord-Planung Guatemala« vor.

»Mord-Planung« ist auch das Schlüsselwort eines 19 Seiten langen CIA-Dokuments, das der US-Geheimdienst erst nach einem halben Jahrhundert freigab. Dazu gehörte eine Todesliste mit mehr als 1.000 Namen angeblicher Kommunisten. Bis zum US-Putsch in Guatemala im Juni 1954 stellte die CIA weitere Listen zwecks »Auswahl von Personen zur Beseitigung« oder »frühzeitiger Ausrottung« von Anhängern der rechtmäßigen Regierung auf.

Um sicher zu sein, daß die geplanten Morde zur Zufriedenheit der Initiatoren ausgeführt würden, verfaßte die CIA 1953 ein Handbuch für »Assassinations«, also politische Morde, das später vielen Militärdiktaturen in Lateinamerika als Arbeitsmaterial diente. Darin wurden Vorgehensweisen und Instrumente für einen Mord ausführlich und genau beschrieben und empfohlen: »Die einfachsten örtlichen Werkzeuge sind oftmals die effektivsten Mittel für den Mord. Hammer, Axt, Schraubenschlüssel, Schraubenzieher, Feuerhaken, Küchenmesser, Lampenständer oder alles, was hart, schwer und handhabbar ist, wird genügen. Alle improvisierten Waffen haben den wichtigen Vorteil der Verfügbarkeit und offensichtlichen Harmlosigkeit.« Sollte für den Mord eine scharfe, messerähnliche Waffe verwendet werden, dann riet das CIA-Mordhandbuch: »Stichwunden in den Körper sind unzuverlässig, wenn nicht das Herz getroffen wird ... Völlig zuverlässig ist es, das Knochenmark im Halswirbelbereich zu durchtrennen ...«

Besonderen Wert legte die CIA auch auf die Tarnung der Mordanschläge. »Mord-Anweisungen sollten niemals aufgeschrieben oder aufgezeichnet werden«, heißt es im Mord-Handbuch. Man brauche immer die Möglichkeit, glaubhaft zu dementieren. Das bald 60 Jahre alte CIA-Dokument räumt sogar ein, daß politischer Mord moralisch nicht zu rechtfertigen sei. Daher, so der Rat des US-Geheimdienstes, »sollte er von moralisch überempfindlichen Personen nicht versucht werden«.

Am 9. Juli 1954 – nach dem erfolgreichen US-Putsch in Guatemala – konnte das Putschhauptquartier an die CIA-Zentrale in Washington voller Stolz melden: »Es sieht jetzt so aus, daß die gegenwärtige Regierung von Guatemala vollständig von der CIA ... gestaltet worden ist.« Die Politik des gezielten Mordes und Totschlags hatte sich bezahlt gemacht. Auch heute scheinen die Kriegsbrandstifter – nicht nur in Libyen – auf eine ähnliche Mord-Dividende zu hoffen.

„Die CIA gestaltet eine Regierung“ in *Ossietzky* 14/2011
<http://www.sopos.org/aufsaetze/4e1ca30a86281/1.html>

*»Mord-Report« (*Ossietzky-Sonderheft Dezember 2001*) bzw. nach dem Senator Frank Church »Church-Report« genannt ist der Ergebnisbericht des »Church Committee«, eines

„Sonderausschusses des US-Senats zur Untersuchung des Regierungshandelns mit Bezug zu Aktivitäten der Nachrichtendienste“ (United States Senate Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities) im Jahr 1975. Hinter der dieser harmlos klingenden Bezeichnung verstecken sich Programme wie MKULTRA (Menschversuche statt Menschenrechte) und COINTELPRO (Bespitzelung und Zerschlagung der Bürgerrechtsbewegungen)

HINWEIS

Weitere detaillierte Beiträge von Horst Schäfer zum Thema finden sich bei der Zweiwochenschrift *Ossietzky* im Internet.
<http://www.sopos.org/aufsaetze/41320c0be1576/1.phtml>
Die CIA-Akten über Guatemala (Teil 1, Ausgabe 17/2004)
<http://www.sopos.org/aufsaetze/4163bcef3e9fb/1.phtml>
Psychologische Kriegführung (Teil 2, Ausgabe 18/2004)

Cui bono? – Wem nutzt es?

Nachfolgend ein Appell von Doris und George Pumphrey – eine sehr notwendige Stellungnahme in einer Situation, die durchsetzt ist von Unterstellungen und Diffamierungen in einer Art, wie sie über den so genannten Church-Report (siehe auch obige Anmerkung zum „Klassiker“) hinsichtlich der Methoden zur Unterdrückung der Protestbewegungen in den USA der 50er und 60er Jahre bekannt geworden sind. Zur Auseinandersetzung um den "Friedenswinter", Berlin Dezember 2014

Nach der Pressekonferenz zum Friedenswinter 2014/2015 interviewte Ken Jepsen Reiner Braun (Sprecher der Kooperation für den Frieden), Lea Frings (Mitglied der neuen Friedensbewegung) und Michael Müller (ehemaliger Umweltstaatssekretär – SPD). Hier zu sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=RY7uR5Muskl>

Daraufhin verteilte Frank Brendle folgenden Kommentar:
Betreff: Demo am 13. 12., Berlin: solidarisch mit Nazis
Datum: Mon, 1 Dec 2014 15:35:03 +0000
Interview u. a. mit Lea Frings, Mahnwache Berlin und im KO-Kreis für die Demo am 13. 12. in Berlin, bei der auch etliche „alte“ Friedensbewegte mitmachen. So ungefähr ab Minute 13 plädiert Lea Frings für einen „kritisch-solidarischen“ Umgang mit Nazis. Und gegen ihre Ausgrenzung. Was der Reporter nicht weiter hinterfragt. Der heißt Ken Jepsen. Und mit so was sollen wir gemeinsam demonstrieren? Was meinen diese Wahnwichtel eigentlich, wenn sie „Antifaschismus“ sagen? Da bleib ich doch lieber unsolidarisch... Grüße, Frank

Hier unsere Antwort an Frank Brendle und andere in der Friedensbewegung, die ähnlich denken:

(Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wenn wir hier das Wort Linke benutzen, reden wir nicht von der Partei gleichen Namens, sondern von linken Kräften allgemein.)

Um zu wissen, auf was sich Frank bezieht, sollte man sich zunächst die drei Beiträge anhören. Und um zu wissen, was Lea meint, genügt es nicht, das Video ab Minute 13 zu sehen. Aus dem Kontext herausgenommen entsteht näm-

lich eine Verkürzung, die Leas Meinung verfälscht.

Es geht Lea offensichtlich nicht um den kritisch-solidarischen "Umgang mit Nazis" per se. Sie betont, dass es nicht um die Akzeptanz und Respektierung faschistischer Ansätze geht, sondern darum, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. „Wir müssen in ihren Köpfen etwas ändern, denn da ist ja offensichtlich in ihrer gesellschaftlichen Sozialisation etwas schief gelaufen.“ Sie plädiert dafür, jene, die von der rechten Ideologie beeinflusst sind, nicht auszuschließen oder zu denunzieren, denn das würde nur zu ihrer weiteren Radikalisierung führen. Man müsse dem entgegenwirken, indem man „kritisch aber solidarisch mit ihnen redet“. Das ist etwas anderes als Franks Verkürzung.

Es war schon immer auch Aufgabe der Linken und der Arbeiterbewegung, Menschen nicht den Rechten zu überlassen, selbst wenn sie bereits von deren Ideologie beeinflusst sind. Es geht vielfach um Menschen, denen das soziale Abseits droht oder die ins soziale Abseits gedrängt wurden.

Die Abwesenheit, Schwäche oder das politische Versagen der Linken schafft ein Vakuum, das einfacher von Rechts gefüllt werden kann. Es bleibt dennoch Aufgabe der Linken, diesen Menschen durch die



Friedenswinter Leitmotiv – foto: arbeiterfotografie.com

besseren Argumente einen anderen Weg aufzuzeigen. Sicherlich sind nicht alle zu gewinnen. Der bequemere Weg ist natürlich, diese Menschen von vornherein als "Nazis" abzustempeln und rechts liegen zu lassen, und jene Linke als "Wahnwichtel" zu bezeichnen, die meinen, wir müssten uns darum bemühen, damit sie „nicht nach rechts radikalisieren“, wie Lea es ausdrückte.

Frank und andere meinen natürlich auch Einzelpersonen, die bei den Montagsmahnwachen eine prominente Rolle spielen. Konkret geht es hier um den "Friedenswinter" und unmittelbar auch um die Demonstration am 13. Dezember gegen die Kriegs- und Konfrontationspolitik der Bundesregierung und den Aufruf, der neben vielen aus der breiten linken und Antikriegsbewegung, auch von Vertretern der Montagsmahnwachen unterschrieben ist. (1) Das allein ist nun für einige aus der "alten" FB der Grund, sich zu distanzieren oder gar zu hoffen, dass nur wenige Menschen dem Aufruf folgen – obwohl es KEINEN grundsätzlichen Dissens zum INHALT des Aufrufs gibt.

Uns geht es hier allgemein um den Umgang von Linken mit einer Entwicklung, derer sich manche vielleicht noch nicht

ganz bewusst sind. Um nur kurz das Problem anzudeuten, ohne hier auf seine Ursachen einzugehen:

Die Fronten zwischen Links und Rechts sind heute verschwommener als zuvor. Was als "links" gilt, ist heute bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Exemplarisch sieht man das an der Linkspartei, in der rechte Kräfte wie BAK-Shalom agieren können. Nicht anders erging es offensichtlich rechten Organisationen. Das beste Beispiel wäre hierfür die Front National in Frankreich, die es mit manchen ihrer Positionen der Linken Fraktion im Europaparlament schwer macht, sich von ihr abzusetzen, weil sie sich ähneln.

Die sog. "Antideutschen" (mit ihrem spiegelbildlichen Nationalismus und Antisemitismus) gewannen an Einfluss,



Friedenswinter-Aktion in Bochum, 13.12., mit Willi Hoffmeister, Bernhard Trautvetter, Vertretern der IPPNW und des Aachener Friedenspreises AFP, DFG-VK, u.v.a. – Tafeln: Antikriegsbündnis Aachen AKB – foto: arbeiterfotografie.com

selbst unter vielen, ansonsten sehr kritischen Linken, im VVN-BdA und in der Friedensbewegung. Israel wird zum Synonym für Juden gemacht und die Israellobby entscheidet, wer als Antisemit zu gelten hat.

Wer ist der eigentliche Gegner?

Auch die Verniedlichung nationalchauvinistischen Denkens und Handelns ist inzwischen weitverbreitet, wenn Leute des "Nationalismus" oder gar "Rechtsextremismus" bezichtigt werden, nur weil sie die nationale Souveränität als eine völkerrechtliche Errungenschaft verteidigen, die für alle Nationen gelten muss, auch gegen die EU.

Nicht nur die Bezeichnungen "Antisemit", sondern auch "Nationalist", "Rechtsextremist" und "Nazi" werden inzwischen inflationär benutzt und verlieren damit ihre Bedeutung. Es dient natürlich dem Zweck, sich nicht nur einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den so Bezeichneten und einer wirklichen Klärung von möglichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu entziehen, sondern auch der Diskussion mit jenen, die verlangen, dass man genauer hinsehen sollte, bevor man andere in dieser Weise denunziert.

Es gab und gibt in der "alten" Friedensbewegung sehr unterschiedliche Kräfte, mit unterschiedlicher ideologi-

scher Orientierung, mit mehr und weniger politischer Erfahrung. Das führte und führt zwar oft zu heißen (und notwendigen) Auseinandersetzungen, aber das Entscheidende war und ist am Ende die Einigung auf den Minimalkonsens für gemeinsame Aufrufe und Aktionen. Auch in der "alten" FB waren und sind nicht alle allen "koscher", aus unterschiedlichen Gründen, aus Verdächtigungen heraus, ob der möglichen persönlichen Motivation, etc.

Wer will sich anmaßen zu entscheiden ob und ab wann die Motivation derer, die nun den gemeinsamen Aufruf zum Friedenswinter und der Demonstration unterschrieben haben, "koscher" ist oder nicht? Und welcher Maßstab soll angelegt werden, wenn wir in der "alten" FB schon so unterschiedliche Maßstäbe haben? Soll die Antikriegsbewegung Gesinnungsprüfung einführen? Oder gilt die gemeinsame Aktion mit den gemeinsamen Forderungen? Worauf kommt es nun an und wer ist der eigentliche Gegner?

Die Kriegsgefahr wächst

Es ist sehr einfach, rückblickend in der Geschichte Fehler von Linken zu entdecken, zu sagen, warum haben die nicht breitere Bündnisse gemacht nur um Krieg zu verhindern, trotz aller anderen Unterschiede. Und heute?

Die Kriegsgefahr wächst und man glaubt sich mit dem Verbleib im linken Wohlfühlleck weiterhin begnügen zu können? Sich damit begnügen, mit eingeübten Kleinaktionen "symbolische Zeichen zu setzen", um ein paar Fotos ins Internet zu stellen, während die BRD sich an immer mehr Interventionen und Kriegen beteiligt, während sie sich dem Druck der USA beugt und die Konfrontation mit Russland vorantreibt? Gerade unser Land, das Russland bzw. der SU so unermessliches Leid in der Vergangenheit zugefügt hat? Während die transatlantischen Kriegstreiber die Medien bestimmen, um die Bevölkerung gegen Russland aufzuhetzen und vor keiner Lüge und Entstellung mehr Halt machen?

Der US Kongress hat eine Resolution verabschiedet, die einer Kriegserklärung gegen Russland nahe kommt, die dazu aufruft, Russland zu isolieren und das US-Militär umfassend für eine militärische Konfrontation zu rüsten – eine militärische Konfrontation in Europa, die zu einem atomaren Weltbrand führen kann.

Wie gefährlich die derzeitige Entwicklung ist, wird von immer mehr Menschen hierzulande erkannt. Mehr als 60 prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien haben nun einen Aufruf gegen die Konfrontationspolitik veröffentlicht. (2) Dieser Aufruf wird auch von Politikern unterstützt, die nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit für die Aufgabe der militärischen Zurückhaltung Deutschlands und für die erste Militärangriff seit dem Ende des Faschismus verantwortlich sind, ebenso wie für den Abbau demokratischer und sozialstaatlicher Errungenschaften, für wachsende Armut und Ausgrenzung.

Man muss nicht alle Punkte in der politischen Einschätzung in ihrem Aufruf teilen. Aber wer in der Friedensbewegung könnte nicht die Forderungen dieser Prominenten unterschreiben, die Konfrontationspolitik und Dämonisierung Russland zu beenden und den gleichberechtig-

ten Dialog mit der russischen Regierung zu suchen? Und wenn einige von ihnen mit uns auf die Straße gingen, um gegen die Gefahr eines neuen Weltkriegs zu demonstrieren, würden wir uns dann von ihnen distanzieren, sie denunzieren, würden wir der Demonstration fern bleiben? Stärkt die deutliche Stellungnahme dieser Prominenten nicht unseren Widerstand gegen die Kriegs- und Konfrontationspolitik?

Gleichzeitig zelebrieren nicht wenige in der "alten" Friedensbewegung Distanzierungen von Vertretern der "neuen" Friedensbewegung, obwohl diese – im Gegensatz zu einigen Unterstützern des Aufrufs der Prominenten – keine Kriegsverbrechen und massives Unrecht zu verantworten haben. Sie wollen nicht mit Vertretern der "neuen" Friedensbewegung reden und mit ihnen gegen den Krieg auf die Straße gehen, obwohl sie gemeinsame Forderungen haben. Erinnert ein derartiges Herangehen innerhalb der Friedensbewegung nicht an die Methode der westlichen Kriegstreiber in den internationalen Beziehungen: Denunzierung, Unterstellung und Verweigerung eines fairen Dialogs? Cui bono? Jetzt wo es darauf ankommt, wieder Massen auf die Straße zu bringen, um der Entwicklung Richtung Weltkrieg Einhalt zu gebieten!

Nur wenn alle Kräfte mobilisiert werden, können wir der gefährlichen Kriegs- und Konfrontationspolitik Einhalt gebieten – egal ob und wie weit man in allen anderen Punkten übereinstimmt. Anstelle von Pauschalisierungen, Totschlagargumenten und Denunzierung, muss die jeweils notwendige faire politische Auseinandersetzung treten. Nur so können wir den Kriegstreibern in Politik und Medien einen Strich durch die Rechnung machen in ihrem Bemühen, die Antikriegsbewegung klein, unbedeutend und ineffektiv zu halten. Vielleicht haben wir so die Chance aus dem "Friedenswinter" einen "Friedensfrühling" zu machen.

1 <http://friedenswinter.de/Kategorie/demo/demo-berlin/>
2 <http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>

Grüßwort des Freidenker-Vorsitzenden Klaus Hartmann anlässlich des 65sten Gründungsjahres der DDR (siehe auch Seite 6 und 7)

„... von Deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Dieses Prinzip galt, solange die DDR existierte. Seit der Herstellung der staatlichen Einheit wird die Bevölkerung fortschreitend an Krieg gewöhnt...“ Nachfolgend weitere Ausschnitte aus seiner Rede:

„Worte zum Thema Krieg und Frieden: Wir haben die bemerkenswerte Situation, dass die Nato inzwischen aus allen Rohren gegen Russland ballert. Nicht nur politischen Analytikern ist es klar, dass es seit den 1990er Jahren um die Einkreisung und militärische Umzingelung Russlands geht und dass mit dem Krieg in der Ukraine die Bedrohung spürbar näher rückt... Immer mehr Menschen sind nicht bereit, der vorgegebenen Nato-Lautsprecher-Linie der Vorbeter der Konzernmedien zu folgen. 89 Prozent antworten

bei einer Umfrage des Fernsehsenders n-TV auf die Frage 'Haben Sie Verständnis für Putins Kurs': JA. Was macht an dieser Stelle die Friedensbewegung und die bundesdeutsche Linke? Ein Bild des Jammers stelle ich fest.“

„Als Organisation, die sich die Aufklärung auf die Fahnen geschrieben hat, stellen wir fest: Diskussionen und theoretische Seminare über die Beurteilung, was uns an Russland gefällt, weniger gefällt oder missfällt, reichen nicht aus. Es muss Ziel sein, mobilisierend die Massenstimmung aufzugreifen und in eine anti-imperialistische Zielrichtung zu führen. Wir leisten uns den Luxus, zwischen 'alter' und 'neuer' Friedensbewegung zu unterscheiden, statt uns zu bemühen, sie auf anti-imperialistischer Grundlage und Orientierung gemeinsam nach vorne zu bewegen.“



Friedenswinter-Aktion in Bochum, 13.12., Gesang auf der Bühne mit TeilnehmerInnen: Das Bürgerlied: „Ob wir rote, gelbe Kragen... Aber ob wir Neues bauen oder Altes nur verdauen, wie das Gras verdaut die Kuh, ob wir in der Welt was schaffen oder nur die Welt begaffen, das tut, das tut was dazu. (4.Strophe)
foto: arbeiterfotografie.com

„Wir leisten uns den Luxus, darüber zu debattieren, ob denn Russland nunmehr ein imperialistisches Land sei oder nicht. Es werden Diskussionen über die Frage geführt, ob denn nun die USA oder Deutschland der Hauptfeind sei. Diese Debatte... dient alleine dazu, sich um die Frage der Solidarisierung mit Russland herumzudrücken... Eine Friedensbewegung, die im gleichen Abstand zu dem Aggressor Nato und den Angegriffenen verharrt, hat es nicht besser verdient als einflusslos zu bleiben.“

„Nicht die Friedensbewegung, schon gar nicht die deutsche, sondern nur Russland kann die Faschisten in der Ukraine und überhaupt die Gefahr eines Dritten Weltkrieges stoppen. An dieser Stelle sagen wir, um es sinnfällig, augenfällig, schockierend klar zu machen: das beste Gegengift gegen die Russophobie ist, entsprechend dagegen zu halten. Die aktuelle Anti-Putin-Hysterie reiht sich ein in die rassistischen Kampagnen gegen die 'slawischen Untermenschen' von früher und den Anti-Sowjetismus der Kalten-Kriegszeit. Deshalb sagen wir: das wirkungsvollste Gegengift dagegen ist die Forderung nach Solidarität und Freundschaft mit Russland.“



PARTEIISCHKEIT

Unter dieser Rubrik sollen für FreidenkerInnen relevante Positionen von Parteien, Institutionen oder Privatpersonen dokumentiert werden

Ich bin dankbar, dass die NRhZ, im Gegensatz zu den angepassten Mainstream-Medien, noch ein Rückgrat hat, ohne einzuknicken vor Kritik und unzensierten Journalismus auch der unbequemen Art veröffentlicht. Meistens kommen diese Kritiken ja von Gegnern, die sich oft sehr diffamierend äußern, ohne diese jedoch mit Fakten zu belegen. Dadurch verglühen sie immer mehr in Belanglosigkeit.

Ich las in einem sehr interessanten Artikel über Karl Marx, dass auch er in seinen Texten immer aggressiver wurde, bis ihn die preußische Regierung auswies. Ich hoffe, dieses Schicksal bleibt mir trotz meiner provokanten und direkten Texte erspart! Karl Marx lebt fort. Die NRhZ lebt fort, in ihrer Vielseitigkeit der Meinungsfreiheit, die ich so schätze und so oft bei anderen vermisse. Daher werde ich auch diese wunderbare Medaille mit dem Karl Marx-Emblem in Ehren halten!

Das Preisgeld von 198 Euro – wegen des 198sten Jahres nach dem Geburtstag von Karl Marx – spende ich an meinen Freund Walter Herrmann von der Kölner Klagemauer und danke den drei Klagemauer-Mitstreitern Walter, Klaus und Arnold für ihre Aktivitäten. Gerade heute, in diesen unruhigen Zeiten der Gauckler und Drohnenkönige wird es immer wichtiger, den Finger in die Wunde zu legen und Missstände anzuprangern, die sonst kein Forum mehr finden.

Inzwischen beschäftige ich mich als politisch interessierte Bürgerin auch mit Themen wie Russland, und Putin-Bashing und dem Ukraine-Konflikt. Denn Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen werden nach Doppelstandards bewertet. Das macht mich so wütend, genau wie die unsägliche Antisemitismuskampagne der Springernden Republik unter Federführung des grauenvollen Graumann. Dazu möchte ich sehr gern zwei Teile aus einem Gedicht eines meiner Lieblingsdichter [Erich Fried] zitieren:

Zur Zeit der Verleumder

Sie nennen mich
Verräter an meinem Volk
Sie nennen mich
jüdischer Antisemit
weil ich spreche von dem
was sie tun in Israels Namen
gegen Palästinenser
gegen Araber anderer Länder
und auch gegen Juden
die totgeschwiegen werden

Später einmal
werden Juden übrigbleiben
wenn dieser Wahnsinn vorbei ist
zu suchen beginnen
nach Spuren von Juden
die nicht mittaten
sondern warnten

Ich jedenfalls bin schon sehr früh aufgestanden und habe gewarnt. Ich bin sehr froh, noch in einer multikulturellen Vielfaltsgesellschaft in Deutschland zu leben und möchte diese nicht durch Kampagnen und Phobien zerstört sehen. Und ich für meinen Teil finde, dass wir, die hier Versammelten eine Menge da gegen diese Zerstörung tun! Das sollte uns Ansporn sein und Elan zum Weitermachen geben, auch wenn es manchmal nicht leicht fällt!

*Evelyn Hecht-Galinski in ihrer Dankesrede (hier Auszug) „Karl Marx lebt fort“ anlässlich der Verleihung des Kölner Karlspreises für engagierte Literatur und Publizistik, im September 2014 zum 4. Mal verliehen durch die Neue Rheinische Zeitung NRhZ.de Nr. 478 – <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20837>
Vorgänger-Preisträger waren Werner Rügemer, Wolfgang Bittner und Rolf Gössner*

Als ich gebeten wurde, an dieser Stelle eine Laudatio auf Evelyn Hecht-Galinski zu halten, stellte ich mir spontan die Frage: Wer ist Evelyn Hecht-Galinski? Um es kurz zu machen, ich weiß es nicht. Ich muss es aber auch nicht wissen. Was ich wissen muss, und was ich definitiv weiß ist, wer Evelyn Hecht-Galinski nicht ist. Evelyn Hecht-Galinski ist keine Mitläuferin. Sie ist keine Ja-Sagerin. Sie duckt sich nicht weg, wenn es um gesellschaftliche Verantwortung geht. Sie überlässt Menschenrechte nicht den offiziell dafür Verantwortlichen. Evelyn Hecht-Galinski lässt keinen Zweifel an der Tatsache, wo sie in der Stunde der Bewährung im Dritten Reich gestanden hätte. Sie hätte da gestanden, wo sie jetzt auch steht. Auf der Seite der Geknechteten, der Gedemütigten, der Verfolgten. Anders als im Dritten Reich ist ihr Widerstand heute gegen himmelschreiendes Unrecht, das in den Staub Treten eines ganzen Volkes, der Palästinenser, kein Kampf, der im Untergrund erfolgen sollte. Evelyn Hecht-Galinski agiert bewusst ebenerdig. Ihre einzige Deckung ist ihre moralische Überzeugung.



*Evelyn Hecht-Galinski mit der Karl-Marx-Medaille
foto: arbeiterfotografie.com*

„Es gibt keine moralische Vollkommenheit – für niemanden, in keinem Land.“ Dieser Satz stammt von Richard von Weizsäcker und war Teil seiner 1985 gehaltenen Jahrhundert-Rede im Deutschen Bundestag. Es ging im Kern um das Gewissen dieser Nation. Das Eingeständnis von Schuld als Garant für das Bemühen, Unrecht und Willkürherrschaft überall auf der Welt zu erkennen, zu benennen und zu verurteilen.

Evelyn Hecht-Galinski kennt diese Rede natürlich. Aber anders als die meisten, die sie offensichtlich nur phonetisch vernommen haben, ohne den Inhalt zu verinnerlichen, beschloss sie, der Botschaft Weizsäckers Taten folgen zu lassen. Taten, die immer dann nötig wurden, wenn Un-Taten vorangegangen waren. Seit über 45 Jahren wird an den Palästinensern chronisches Unrecht verübt.

Evelyn Hecht-Galinski gehört in Deutschland zu den wenigen Personen, die dieses Unrecht und jene, die es permanent begehen, benennen, anklagen und verbal attackieren. Schonungslos. Ohne nachgeschobenes Verständnis für eine Sondersituation.

All jene, die damit nicht zurechtkommen, plagt weniger die Penetranz, mit der Evelyn Hecht-Galinski ihren Kampf verfolgt, vielmehr schmerzt sie die Erkenntnis, dadurch der eigenen Untätigkeit gewahr zu werden. Ein Schmerz, der aufgrund von

unterlassener Hilfeleistung eintritt.

Das moralische Versagen des Einzelnen, die eigene Feigheit, wird immer erst durch das Auftauchen einer Lichtgestalt zum schattenwerfenden Phantomschmerz der eigenen Existenz. Ja, Evelyn Hecht-Galinski operiert ohne Narkose am Gewissen dieses Landes, indem sie uns allen den Spiegel der latenten Mutlosigkeit und Ignoranz vorhält. Sie steht auf der Seite der Geknechteten, der Gedemütigten, der Verfolgten

Ken Jebsen in seiner Laudatio (hier Auszug) zur Kölner Karlspreisverleihung an Evelyn Hecht-Galinski: „Wer ist Evelyn Hecht-Galinski?“, erschienen in der Neuen Rheinischen Zeitung Nr. 478 – <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20839>

Als Theologe möchte ich Herrn Gauck daran erinnern, dass er seinen Gemeinden, als er noch im Dienst war, wohl nicht erläutert hat wie die Engel über den Fluren von Bethlehem zur Friedenspolitik des Kaisers Augustus in Rom aufriefen. Genau das Gegenteil der Pax Romana war gemeint: Wer dich auf die eine Wange schlägt, dem halte noch die andere hin. Das ist das Gegenteil von Aufrüstung. Glücklicherweise, heißt es in der Bergpredigt, wage ich die Menschen zu nennen, die in dieser Welt den Mut haben, wehrlos zu bleiben. Davon ausgehend erscheint es wie eine Perversion der christlichen Werte, die Sie vorgeben zu verteidigen, wenn Sie uns erläutern es sei Verantwortung, kriegsbereit in aller Welt zu werden. Wir sind das nicht, wir sind dagegen!

... Oh ja, Verantwortung hätten wir. Inmitten einer Welt, in der 50 Millionen Menschen Hungers sterben, hätten wir Verantwortung dafür zu sorgen dass die Nahrungsknappheit endet, Trinkwassermangel beseitigt wird, Überbevölkerung reduziert wird, Umweltzerstörung eingedämmt wird, Wirtschaftsmigration von Millionen Menschen im Elend endlich ein Ende hätten. Stattdessen sehen wir wie das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt wird, abgewehrt mit militärischen Mitteln von Frontex, bezahlt in Berlin, Sitz in Warschau, um das Wirtschaftswohlstandskontinentgebiet Europa in den Südgrenzen abzuschotten. Das ist nicht Verantwortung, Herr Gauck, das ist das Gegenteil des erbarmungslosen Zynismus und Wegsehens.

... Herr Gauck, wir sind gegen den Krieg, weil jeder Krieg sich richtet gegen das, was Weltverantwortung bedeuten würde, und die Lüge lassen wir uns nicht beibringen wir würden wegschauen, bloß weil wir endlich hinsehen!

... Überall da wo die NATO nicht hingehört steht sie heute! Sie ist kein Verteidigungsbündnis, sie ist das aggressivste Bündnis, das die Menschheit je gesehen hat!

Ich höre sagen, wir müssten aber den Kurden helfen. Also müssen wir Waffen haben, also brauchen wir hundert Leute, die sie ausbilden, um effizient mit den unseren Waffen umzugehen. Wann hätten uns die Kurden jemals interessiert? Die Verteidiger in Kobane gehören zur PKK und sind deshalb eine terroristische Vereinigung. Zum ersten Mal in 1925 wurden Kurden bombardiert von Briten aus der Luft, weil man auf dem Boden ihrer Füße Erdöl geologisch prospektiert hatte. 17 Millionen Kurden mit einer tausendjährigen Kultur warten darauf, ein Volk sein zu dürfen. Aber das dürfen sie nicht, denn es könnte die Interessen des NATO-Staates Türkei berühren. Deshalb waren sie nie etwas anderes als ein Prellbock gegen Saddam Hussein, gegen Assad in Syrien, immer sollten sie kuschen, so wie die Amerikaner es haben wollten. Dafür sind sie zu schade! Und lediglich die Option, einen eigenen Staat bilden zu dürfen, verdiente unsere Unterstützung – das wechselseitige Abschlagen jetzt in keiner Weise!

... Frau von der Leyen, die Bundeswehr ist kein Unternehmen unter anderen! Was man dort lernt ist das Töten von Menschen auf die effizienteste Weise!

.... Was weder Herr Gauck, noch Frau Merkel, noch Frau von der Leyen zu begreifen scheinen ist, dass es eine totale Veränderung des Bewusstseins bedeutet wenn man Jugendlichen beibringt, dass ab sofort zu gelten habe „du oder ich“ und wie tötet man den sogenannten Feind am schnellsten und am radikalsten. Gerade

weil wir hinsehen sollten wir ein Stück weit uns erinnern: Es war 1918, als alle in Europa hätten sagen müssen: Es ist nicht denkbar dass nach dem Hinschlachten von 10 Millionen Menschen irgendeiner diesen absurden Krieg gewonnen haben könnte. Wir alle haben unsere Menschlichkeit verloren in den Materialschlachten von Verdun, Ypern, Cambrai; wir alle schließen uns zusammen in dem Wissen das da lautet „Nie wieder Krieg!“ ... Und am schlimmsten der Gehorsam. Keine Armee der Welt, die ihren Frauen und Männern etwas anderes beibringt als dass man strammsteht auf Befehl. Selbst die Folterspezialisten in den Lagern in Bagram, Polen, Ägypten, Syrien werden in Schutz genommen von Bush dem Jüngeren und Dick Cheney damit, dass sie nichts anderes waren als Patrioten, die ihre Befehle ausgeführt haben... 1946 in Nürnberg in den Kriegsverbrecherprozessen ... hörten [sie] das Gedusel der Soldateska in aller Welt: „Befehl ist Befehl“. Und zurecht sagten die Ankläger: Das ist der Anfang des Verbrechens, man kann seine Persönlichkeit nicht abgeben an der Garderobe der Weltgeschichte, bloß weil man sich die Uniform anzieht.

... – Angst und Gewalt, das ist die Logik des Krieges, und nur solange die Mächtigen uns Angst einjagen können etabliert sich ihre Macht im Waffengang. Vor euch, Herr Gauck, Frau Merkel, Frau von der Leyen und wie sie alle heißen mögen, haben wir aufgehört uns noch zu ängstigen; wir sind dabei euch Angst zu machen, weil ihr die Basis im Rückhalt der Bevölkerung verliert!

Auszug aus dem Friedensappell von Eugen Drewermann im Rahmen des „Friedenswinter 2014/2015“, Berlin, 13. Dezember 2014, vor dem Schloss Bellevue. Rede komplett unter <http://www.euregioprojekt-frieden.org/index.php/component/content/article/9-hauptmenue/friedenswerkstadt/politik/126-drewermann-berlin> – mit link zur website kenFM.de und einem mit Drewermann geführten Interview

Es ist verachtenswert, wenn irgendeine Person – insbesondere eine deutsche – einen Kritiker Israels mittels der Unterstellung, Antisemitismus zu verbreiten, verleumdet – besonders wenn diese Person jüdisch oder sogar israelisch ist. Aber im jetzigen Klima, in dem Israelis ihre Jobs verlieren und auf der Straße [von Nazis, Anm.af] verprügelt werden, wenn sie es wagen, sich den Angriffen des Militärs auf Gaza, dem Regime rassistischer und religiöser Trennung entgegen zu stellen, ist es ein Aufruf zu körperlichem Angriff, jemanden auf diese Weise zu bezeichnen. Mehr als das: es ist ein verwerflicher Versuch, Widerspruch zu unterdrücken, und palästinensische und andere nicht-jüdische Menschen in den von Israel kontrollierten Gebieten zu ewiger Unterdrückung und ewigem Leid zu verurteilen. Um meiner selbst willen, um meiner Familie willen, um meiner Freunde und um meiner Mitmenschen in Israel und Palästina willen – ich werde nicht schweigen – nicht jetzt – niemals!

Stellungnahme von David Sheen, eines in Israel lebenden Juden Warum ich Gregor Gysi zur Rede stellen wollte <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21031> Online-Flyer Nr. 486 vom 26.11.2014 siehe auch RT Russia Today - Gespräch mit Max Blumenthal <https://www.youtube.com/watch?v=qDuEznz4pnA>





Passend zur Eröffnung der karnevalistischen Session möchten wir allen Jecken eine Schrift an die Hand geben, mit der es sich ausgelassen feiern lässt. Geister und Gespenster sind – wie Ideen und große Entwürfe – nicht klein zu kriegen. Zur heimatkundlichen Auffrischung: die Preußeköpp (Bürokratie, Bürokraten) werden aus ihren Amtsstuben vertrieben. Jetzt regiert das Volk – bis A s c h e r m i t t w o c h . Mindestens!! Die Mauer ist ja jitz fott (weg). Vorwärts Jecken, opjepass: mit

Schmackes (Wucht, Kraft, Power) sichern wir das Terräng (Gebiet, Terrain)! Denn „de Prolete han nix ze verleere wie ehr Kette. Se han en Welt zo jewenne.“ E Jespens jeit eröm en Europa – Buchtipps im Online-Flyer der NRhZ Nr. 484 vom 12.11.2014

Et kummenistische Manifeß op Kölsch vum Marxens Karl an däm Engels Frieder Aachzehnhundertaachunveezich 1848 En et Kölnisch-Ripoarische üvverdrare un met Bild cher versin vum Walter Hermann-Josef Stehling, DKP-Kölle

Vorwort: Klaus Stein. DrP Verlag Köln, ein Imprint des Kulturmaschinen Verlages, Kolpingstraße 10, 97199 Ochsenfurt, www.kulturmaschinen.com, 100 Seiten Rückenstichbindung im Format ca. 10x15 cm, 11 Euro

25 Jahre Galerie Arbeiterfotografie 2015

Art is like Religion – Kunst ist vergleichbar Religion

Im kommenden Jahr 2015 begeht die Galerie Arbeiterfotografie ihr 25jähriges Bestehen. Aus diesem freudigen Anlaß ist eine besondere Ausstellungsreihe und die Gründung eines Kunstkreises der Freunde der Galerie in Vorbereitung. Einer der ausstellenden Künstler wird der niederländische Fotocollagist Jos Deenen sein, der mit seinen – aus Illustrierten entnommenen – Versatzstücken eine eigene Welt formt. Religion ist eins seiner zentralen Themen. So konfrontiert er den Papst: Have you ever been raped – Bist Du jemals vergewaltigt worden? Fromme Sprüche kontert er mit Realität versus Heilsversprechen. The Holy Bible, Psalm 58:

1 Ihr Mächtigen, ist euer Urteil wirklich gerecht, wenn ihr Gericht über die Menschen haltet? Oder wollt ihr das Recht zum Verstummen bringen? 2 Mit Wissen und Willen begeht ihr Verbrechen; auf der Waage des Unrechts wägt ihr ab, was Recht sein soll im ganzen Land. 3 Die Unheilstifter – kaum geboren sind sie schon auf der schiefen Bahn; von klein auf gewöhnen sie sich ans Lügen... // In weiteren Ausstellungen Vorträgen, Workshops und Filmen sind u.a. geplant: Hinrich Schultze (Pan-Foto, HH) +++ Horst Hahn „Small Business“+++ Gerda Sökeland und Katrin Susanne Gems „Stadtverbrechen und Sozialmassaker“



Fotocollagist Jos Deenen / NL

www.arbeiterfotografie.com



„In der deutschen Arbeitswelt findet seit Ende der 1990er Jahre eine Umwälzung statt, die eine Art unerklärter Kleinkrieg beinhaltet, der auf US-amerikanische Methoden und Prinzipien zurück greift“, die systematische Bekämpfung von Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Organisation. Sie nennt sich Union Busting und heißt wörtlich: „Gewerkschaften plattmachen“, gerichtet in Deutschland auch gegen Betriebsräte, Vertrauensleute und kritische Arbeiter- und Arbeiterinnen.

Buchtipps von Harry Popow im Online-Flyer der NRhZ Nr. 487 vom 03.12.2014

Werner Rügemer, Elmar Wigand: „Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung“, PapyRossa Verlag, 238 S., Auflage: 1, Preis: 14.90 Euro

Teile davon unter dem Titel „Union Busting“ als kostenloses pdf-download auf den Seiten der IG Metall zu finden, die an Rügemer und Wigand den Rechercheauftrag vergeben haben.

LAST MINUTE – BUCHTIPP

Wolfgang Bittner (Kölner Karlspreisträger 2010): Die Eroberung Europas durch die USA, Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung am Beispiel der Ereignisse in der Ukraine Flugschrift, Mainz 2014, 148 Seiten, Taschenbuch, 12,90 EUR ERSTAUSGABE VERGRIFFEN



Erstens: Snowdon behauptet ISIS sei eine Gründung von NSA, Mossad und MI6 ...

Zweitens: 26 Tatsachen über den Islamischen Staat, die Obama gern verheimlichen möchte – von Prof. Michel Chossudovsky (Global Research, 19.11.2014)

Der von den USA angeführte Krieg gegen den Islamischen Staat ist eine große Lüge.

Mit der Behauptung, der präemptive weltweite Krieg gegen "islamische Terroristen" sei notwendig, um "das Territorium der USA" selbst zu schützen, soll nur ein umfassender militärischer Plan gerechtfertigt werden.

Der Islamische Staat im Irak und in der Levante / ISIL ist ein Geschöpf der US-Geheimdienste. Die "Terrorbekämpfung" Washingtons im Irak und in Syrien dient eigentlich nur der Unterstützung der Terroristen. Der Einfall der Brigaden des Islamischen Staates / IS in den Irak, der im Juni 2014 begann, war Teil einer sorgfältig geplanten Operation der Militärgeheimdienste der USA, der NATO und Israels. Die Behauptung der USA, den Terror bekämpfen zu wollen, ist eine Fiktion, denn sie sind selbst "der größte staatliche Sponsor des Terrorismus".

Der Islamische Staat wird von den USA und ihren Verbündeten geschützt. Wenn sie die Brigaden des Islamischen Staates hätten ausschalten wollen, hätten sie deren Toyota-Pickup-Konvois mit Bombenteppichen stoppen können, als die im Juni durch die Wüste von Syrien aus in den Irak eindrangten... Mehr dazu in:

DAS KROKODIL Nr. 11 (erscheint im Dezember 2014)

Merheimer Straße 107, 50733 Köln, 0221 - 727 999

eMail: krokodil@das-krokodil.com, web: www.das-krokodil.com chossudovsky-Text auf deutsch unter: www.luftpост-kl.de

WIE LANGE MÜSSEN WIR UNS
NOCH HEIMLICH TREFFEN, VATI!



Noch ein Witz: Verschwörungstheorien zirkulieren im Schweinestall wie im Internet und werden dort ähnlich diskutiert: Sagt neu-lich ein Schwein zu einem anderen: „Du, ich habe gehört, dass die Menschen uns nur zu fressen geben, weil sie uns schlachten und auffressen wollen.“ „Un-sinn,“ sagt das

andere Schwein mit überlegener Miene, „Du glaubst aber auch jede Verschwörungstheorie“.

Jahresthema Jugend des Bundesverbands Arbeiterfotografie
Meine Zeit – Meine Welt >> Jugendweihe

„Wir brauchen Alltagsreportagen aus der Sicht des Alltäglichen und Allnächtlichen, Lichtbilderbücher und Zelluloid-Streifen mit Lichtblicken und Perspektiven, die immer erst entstehen können und keine neuen Trugbilder sind, wenn Ihr Youngsters Eure Lage wirklich erkennt und nicht nur unter ihr begraben bleibt, verschüttet werdet... Ihr könnt Euch erheben, dass die Objektivie die Lage in den Fokus kriegen und Ihr Euch eine Übersicht, eine subjektive mit Objektiv objektivierete Übersicht verschafft. Zeigt Eure Wünsche, Sehnsüchte, Probleme beim Leben, Arbeiten, Spielen, Tanzen ...“, so formuliert es der Schriftsteller und Musiker Hartmut Barth-Engelbart zum Thema „Jugend und Zukunft“ Arbeiterfotografie ruft auf zur Beteiligung und Verbreitung des Aufrufes. Angesprochen sind vor allem Jugendliche mit Sicht auf ihre gesellschaftliche Situation. Zur Beteiligung sind keine (Alters-)Grenzen gesetzt. Die Kreativität soll ihren freien Lauf haben. Fotos, ob schwarz-weiß oder in Farbe, Serien, Montagen, auch Kurzfilme sind willkommen. Der Einsendeschluß 31. März 2015 wird möglicherweise auch verlängert. Einsendungen bitte an: Galerie Arbeiterfotografie, Merheimer Straße 107, 50733 Köln, eMail: arbeiterfotografie@t-online.de // Auf der website www.arbeiterfotografie.com ist ein Flyer downloadbar.



Foto: Senne Glanschneider – Berlin, Alexanderplatz 1992

TERMINE / kurz und knapp

Jahresabschlussfeier des OV Köln, 20. 12., ab 15 Uhr

Herzliche Einladung ins Freidenker-Zentrum in Köln

Jeden letzten Donnerstag offene Freidenkerrunde, ab 17 Uhr

VERANSTALTUNGEN im NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 Köln, Bayenstrasse 11

(erreichbar mit KVB-Linie 15 u. 16 Haltestelle "Ubierring" bzw. KVB-Bus-Linie 106 Haltestelle "Rheinuhafen")

RL-Konferenz und LLL-Demo, Berlin, 10./11. Jan.2015

Jetzt schon für die warme Jahreszeit planen!!

Linker Lieder Sommer, 19.-21. Juni 2015 auf Burg Waldeck

Es gibt Workshops u.a. mit Kai Degenhard, Musikandes zur Frauenbewegung in Lateinamerika und Violeta Parra, Dieter Klemm (Floh de Cologne) zum Politrock der APO-Zeit, u.a.m.



Der deutsche FREIDENKER Landesverband NRW und die freiBRIEF-Redaktion wünschen allen Mitgliedern einen aussichtsreichen Jahreswechsel, viel Kraft und Spaß bei den vor uns liegenden Aufgaben.

freiBRIEF ist das Organ des Landesvorstandes NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.

GESCHÄFTSSTELLE:

Bayenstrasse 11, 50678 Köln

LANDESVORSITZ:

Klaus von Raussendorff

An der Nesselburg 91, 53179 Bonn

Tel.: 0228 346850, eMail: raussendorff@web.de

Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank

Bonn Rhein-Sieg Kto.-Nr. 1902493014 (BLZ 38060186)

ab 2014 IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14

BIC: GENODED 1BRS

INTERNET

www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

freiBRIEF-REDAKTION

Martin Großkopf

Talweg 12, 53842 Troisdorf, Tel: 02241-3011909,

eMail: wickedbighead@gmx.de

Brigitte Streicher

Anneliese Fikentscher (Gestaltung)

REDAKTIONSSCHLUSS

freiBRIEF NRW-Info 2015-1: 15. Februar 2015

cccaff@2014

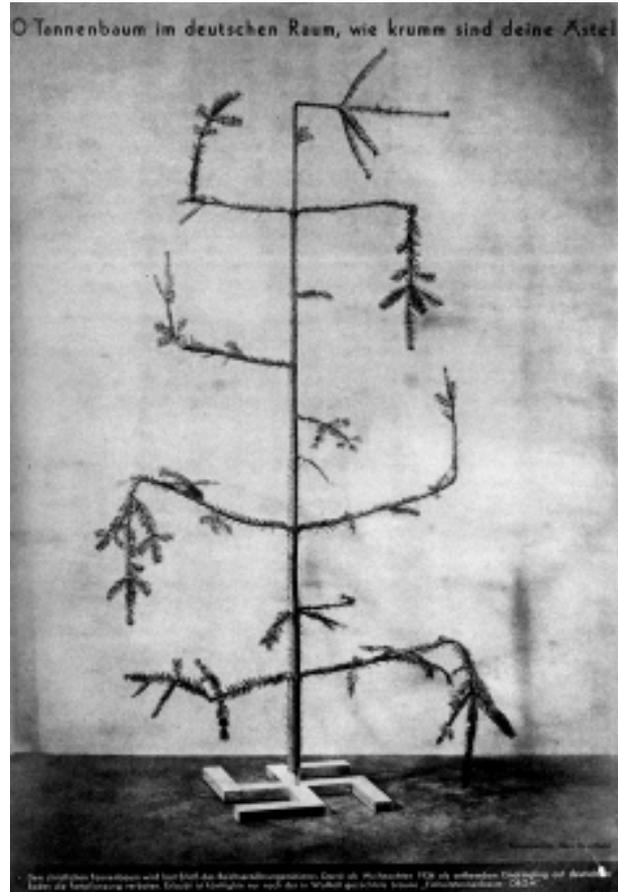
Weihnachtslied

von Erich Mühsam 1930

Freut euch, Mädchen, freut euch Knaben,
morgen kommt der Weihnachtsmann,
kommt mit seinem Sack voll Gaben,
wo sich's Vater leisten kann.
Doch ist Vater arbeitslos,
kommt er mit der Rute bloß.

Sparsamkeit heißt die Parole
für das holde Weihnachtsfest.
Spart das Fleisch, das Brot, die Kohle,
spart, was sich nicht zahlen lässt.
Auch das Reich spart überall –
außer für den Kriegesfall.

„Friede, Friede sei auf Erden“,
singt die Dame fromm im Stift.
Nur lass keinen Film draus werden! *



Der ist für das Deutschtum Gift.
Dolch und weiße Maus bereit –
gnadenvolle Weihnachtszeit.

Mit den Löhnen und Gehältern
nieder! Nieder mit Remarque!
Füttert statt mit Fett, ihr Eltern,
euer Kind mit Kriegsgeist stark!
Die Entscheidung fällt – wer weiß? –
schneller oft als jeder Preis!

Englein überm Christbaum schweben,
teils aus Wolle, teils aus Glas.
Morgen, Kinder, wird's was geben –
aber fragt mich nur nicht: was?
Einmal wird ganz Deutschland wach –
heiße, dann ist Hitlerkrach!

*Anspielung auf das Verbot des Films
„Im Westen nichts Neues“ nach dem berühmten
Antikriegsbuch von Remarque.

O Tannenbaum im deutschen Raum, wie krumm sind deine Äste! Dem christlichen Tannenbaum wird laut Erlaß des Reichsernährungsministers Darré ab Weihnachten 1934 als artfremdem Eindringling auf deutschem Boden die Fortpflanzung verboten. Erlaubt wird künftighin nur noch der in Wallhall gezüchtete braune „Einheitstannenbaum DRGM“. Fotomontagen: John Heartfield